

Zur Lage der deutschen Sprache im Inland und im Ausland

Autor(en): **Blocher, Ed.**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Jährliche Rundschau des Deutschschweizerischen Sprachvereins**

Band (Jahr): **31 (1935)**

PDF erstellt am: **11.08.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-595184>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Zur Lage der deutschen Sprache im Inland und im Ausland.

Im Jahresbericht über die Vereinstätigkeit konnte die Ausstellung „Um unsere Muttersprache“ erwähnt werden, die Ende des Jahres 1934 im Pestalozzianum, der „permanenten Schulausstellung“ in Zürich, zu sehen gewesen ist. Nebenbei sei gesagt: dank den Bemühungen unseres Herrn v. Greperz heißt die schon alte, aber jetzt neu eingerichtete Sammlung in Bern, die dem Zürcher Pestalozzianum entspricht, und der der Name Schulmuseum zuge-dacht war, nun die Schulwarte. Doch hat das „permanente“ Wesen der Zürcher Sammlung der schönen und reichen, aber freilich nur temporären, ephemeren, ja beinahe provisorisch=momentanen Ausstellung „Um unsere Muttersprache“ weiter keinen Eintrag getan. Sie ist sehr gut gelungen. Mehr als 70 Lehrer haben mitgearbeitet und über 2000 Schülerarbeiten beige-steuert. Wie schon der Name zeigt, schwebte den Veranstaltern nicht bloß eine Fachangelegenheit vor, der morgen eine andere (Naturkunde, Turnen, Französisch) folgen mochte, sondern der Deutschunterricht erschien als Mittelpunkt, als lust- und freudbetonte Herzenssache, der keine gleichkommt. Uebrigens ist in Zürich, ebenfalls vom Pestalozzianum, vor kurzem ein Lehrerfortbildungskurs für Pflege der Muttersprache abgehalten worden.

Die Frage: Mundart oder Schriftsprache gehört geradezu zum geistigen Leben des Deutschschweizers. Würde sie einmal nicht mehr öffentlich erörtert, dann müßte sich das Wesen der deutschen Schweiz gänzlich verändert haben. Der Augenblick ist aus politischen Gründen dem Vormarsch des Schweizerdeutschen im öffentlichen Leben günstig. Es ist nichts dagegen zu sagen, wenn sich Stimmen in der Presse in diesem Sinn aussprechen. Wir möchten nur immer wieder uns dagegen verwahren, daß Haßgefühle in diese Auseinandersetzungen getragen werden. Es ist nicht nur töricht, es ist ein Unrecht gegen uns selbst und gegen unsre eigne Vergangenheit, wenn man unser Volk gegen die Sprache, in der Pestalozzi,

71
Keller, C. F. Meyer und hundert andere Schweizer zu uns geredet haben, aufzuheben sucht, wie es — die Leser unserer „Mitteilungen“ (1935, Nr. 1/2) erinnern sich der kräftigen Peitschenhiebe, die unser Schriftführer dem Sünder verabfolgt hat — in der Schweiz. Lehrerzeitung“ (1934, Nr. 44) der Sekundarlehrer Dr. Hasler getan hat. Geradezu Heze möchte ich nicht nennen, was ein B.-r. in der „Nationalzeitung“ (vom 30. 8. 1935) unter der Aufschrift „Hochdeutsch statt Schwyzerdütsch“? bringt, aber es gehört insofern doch in diese Gedankenreihe, als auch hier die Ungleichung unseres schriftsprachlichen (!) Ausdrucks an den allgemeindeutschen wie eine vaterländische Gefahr dargestellt wird. (Ich setze mich mit dem Verfasser nicht auseinander; seine Darlegungen sind etwas verworren und nicht sehr geschickt.) Wie weit wir schon in dieser Aufrüstung der geistigen Landesverteidigung sind, zeigt eine Auseinandersetzung im „Willisauer Volksblatt“ (vom 24. 7. und 7. 8. 1935) über die Zulässigkeit der Bezeichnung „Führertagung der Schweizerischen Trachten- und Volksliedervereinigung“. Kein anderer als der verständige Berner „Bund“ hatte da, scheint es, das erste Haar in der Suppe gefunden! Ohne Umschweife, wir brauchen in unserm Lande weder einen Duce noch einen allmächtigen Führer, aber: behalten wir doch ruhig Blut! Ist das unschuldige Wort Führer nun auf einmal nicht mehr für uns brauchbar, weil es anderswo in bestimmten Zusammenhängen so gebraucht wird, wie wir es allerdings nicht brauchen können? Wo ist da der Stolz des Schweizers, der sagen kann: das und das hieß und heißt und wird bei uns F ü h r e r heißen, das ist unsere Sache und geht keinen andern was an?

Erwähnen wir noch kurz einen zum Teil neue Gesichtspunkte bietenden Aufsatz über Mundart und Schriftsprache von Elisabeth Broc-Sulzer in den „Schweizer Monatsheften“ (Oktober 1934).

Ueber die scheußlichen Abkürzungswörter und den dazu nötig gewordenen Abkürzungsschlüssel von 335 Seiten, Aküschlü genannt, spricht sich mit erquickender Schärfe die „N. Z. Z.“ (vom 5. 6. 1935) aus, über die Schwierigkeit, Mundart im Rundfunk zu brauchen, Direktor Dr. Job von der Radiogenossenschaft Zürich in einem Vortrag („Neues Winterthurer Tagblatt“ 22. 11. 1934); diesen Gegenstand behandelt auch Elisabeth Thommen in der „Nationalzeitung“ (12. 4. 1935) mit der gutgemeinten Forderung besserer Pflege echter Mundart. Wir wiederholen das oft Wiederholte: die Mundart pflegt man am besten so, daß man sie nur da anwendet,

wo sie hinpaßt, und nicht für Dinge mißbraucht, die außerhalb ihres Bereiches liegen.

Der Kampf um die Sprachreinigung läßt unsern Zeitungen keine Ruhe; auch er gehört zum geistigen Ringen des deutschsprechenden Menschen. Wie schade, daß darüber immer so viel dummes und oberflächliches Zeug gedruckt wird! Wie schade auch, daß die Sprachreinigung immer wieder statt so, wie sie auftritt, so bekämpft wird, wie sie gar nicht auftritt! Das heißt: man bringt eine Art von puristischen Greuelnachrichten und tischt unmögliche Verdeutschungsvorschläge auf, die angeblich im Dritten Reiche Geltung haben oder Geltung suchen. Da freuen wir uns nun über einen besonders feinen Aufsatz von Hans Käslin in der „N. Z. Z.“ (21. 11. 1934) über „Fremdwörter und französisch-deutsche Mißverständnisse“. Der Verfasser bringt zur Sache ganz neue Gedanken, die von tiefem Verständnis für die seelischen Vorgänge im Sprachleben zeugen. Man wird an den alten Rudolf Hildebrand und sein herrliches Buch vom deutschen Unterricht erinnert, wenn man das liest. Der Verfasser weist nach, „daß Fremdwörter, obwohl sie in gewissem Sinne Brücken schlagen, Vorurteile zu zeugen oder doch zu verstärken imstande sind“, daß unsere Entlehnungen aus dem Französischen uns Verständnis und Genuß der französischen klassischen Literatur erschweren, ja daß wir alle, auch die Gebildetsten und Sachkundigsten, dadurch Schaden gelitten haben, und zwar unheilbaren; die Schlüsse zu ziehen überläßt er dem Leser, aber ich hätte es für ein unverzeihliches Verschmämmnis gehalten, diese wenngleich nur sechs Spalten unterm Strich lange Arbeit hier unerwähnt zu lassen.

Wenden wir unsere Blicke nach der französischen Schweiz, so sehen wir wie früher die Presse besorgt um die Reinheit des gesprochenen und geschriebenen Französisch der welschen Kantone. Wenn dabei die deutsche Einwanderung erwähnt wird, so ist nichts dagegen einzuwenden; an der Sprachverderbnis des welschen Landesteils haben wir wahrhaftig kein Wohlgefallen. Nur wenn die Einwanderer gehässig behandelt werden, wenn man tut, als wäre es eine Art Mißstand oder Landplage, daß man am Genfersee so viel deutsch sprechen hört, nur dann erheben wir Einspruch. Die Gefahr der Sprachverderbnis besteht unzweifelhaft schon lange, wenn auch lange nicht alles deutscher Einfluß ist, was man dafür hält; die alten Patois wirken in der Volkssprache auch nach ihrem Verschwinden noch. Die breite, plumpe Aussprache ist nicht deutschen Ursprungs,

sondern altes Vätererbe de notre chère terre romande. Unsere Welschen können gewiß sein, daß ihnen nicht nur alle deutschen Schweizer jeden Erfolg im Kampf um die Sauberkeit und Echtheit ihres Französisch gönnen, sondern daß sie dabei auf volles Verständnis bei uns Leuten vom Sprachverein rechnen dürfen. Unsere Aufgabe ist es zwar nicht, ihnen dabei zu helfen, aber es soll uns schon recht sein, wenn sie Reinheit und Schönheit ihrer Muttersprache fördern. Also sammelt nur alles Unkraut und alle Steine eures Gartens auf Haufen, — aber bitte, weder das eine noch die andern in unsern Garten hinüber zu werfen, und bitte nicht über uns zu schimpfen, denn wir hören es auf unserer Seite der Mauer und müssen uns dergleichen Störungen verbitten. Auch dürfen wir doch z. B. fragen, was das euerem Französisch schadet, wenn in Neuenburg einmal (oder auch mehr als einmal) ein deutsches Plakat angeschlagen wird, wogegen sich Feuille d'avis de Neuchâtel und Gazette de Lausanne (10. 2. 1935) auflehnen. Jedenfalls schadet das nicht mehr als die französischen Plakate der Amis de la culture française auf den Säulen der Stadt Zürich, — und vielleicht ist es harmloser. Sonderbar sind auch die Klagen des Herrn P. G. in der Gazette über die vielen deutschen Ungestellten, die in die französische Schweiz französisch zu lernen kommen und damit den welschen Berufsgenossen die Plätze wegnehmen. Wie sollen wir es denn machen? Ihr wollt, daß im Verkehr zwischen euch und uns nicht deutsch, sondern französisch gesprochen werde, und wenn wir uns nun dran machen, eure Sprache zu lernen, so sind wir euch wieder im Wege! Sonst, unter uns gesagt: dagegen hätten wir nichts einzuwenden, daß unsern deutschen Sprachlehrlingen die nützlichen Dienste, die sie den Waadtländern erweisen, besser bezahlt würden, statt daß man sie als sogenannte Volontaires anstellte, wie wenn ihre Arbeit nichts wert wäre. Insofern sind wir schon mit Herrn P. G. einverstanden.

Ueberhaupt sind wir mit den Verteidigern welscher Art in mehr als einem Punkt einverstanden. Der „Jura“ (Bruntrut, 25. 5. 1935) hat durchaus recht, wenn er schlechte Gewohnheiten, die aus dem Deutschen in den welschen Gebrauch übergegangen sind und auf beiden Seiten der Sprachgrenze schlechte Gewohnheiten sind, bekämpft, nämlich die dem Sprachgebrauch zuwiderlaufende Art, Preise anzugeben: zum Preise von „Fr. 4.—“ oder „Fr. 3.75“ statt zu schreiben wie man spricht: 4 Franken, 3 Fr. 75. Und um nochmals auf die Gazette und ihren P. G. zurückzukommen: wir vom Sprach-

verein haben schon ein Vierteljahrhundert lang bekämpft, was er (Gazette vom 1. 11. 1934) als un faux idéal helvétique geißelt, nämlich die einfältige Behauptung (ich überseze aus der Gazette): „Ich halte für einen wirklich gebildeten Schweizer nur den, der die drei Sprachen liest und sich angeeignet hat, was in den drei Kulturen bleibend, zeitlos, allgemeingültig und menschlich ist.“ Man kann nach unserer Meinung ein sehr gebildeter Schweizer sein, ohne Dante gelesen zu haben, ohne Molières Menschenfeind zu kennen; wir wissen, daß in Genf und Lausanne Hunderte von fein gebildeten echten Schweizern leben, die den Grünen Heinrich nie gelesen haben.

Daß Zweisprachigkeit kein Idealzustand, sondern eine Not ist, aus der man nur allenfalls auch eine Tugend machen kann, bezeugt uns für die Bevölkerung von Biel der dortige Stadtpräsident, Dr. Guido Müller in einem Aufsätzchen der „Nation“ (Bern, 8. 9. 1935), das einige bemerkenswerte Angaben enthält.

Die Romanen Bündens sind zurzeit noch daran, ihre Forderung einer amtlich anerkannten vierten eidgenössischen Nationalsprache unter Dach zu bringen. Im Großen Rat ist die Angelegenheit einstimmig als Forderung des Kantons gutgeheißen worden („Vaterland“ vom 7. 12. 1934). Sie wird ohne Zweifel mit einer Aenderung des Sprachenartikels der Bundesverfassung enden. In der ganzen Schweiz findet sie freundliche Aufnahme; kaum daß da und dort eine Zeitung darauf hinweist, daß der Ausführung des abgeänderten Artikels einige Schwierigkeiten entgegenstehen werden. „Der Fürstenländer“ (Göfau, vom 4. 10. 1935) macht darauf aufmerksam, daß Graubünden nicht einmal alle seine eigenen Gesetze mehrsprachig ausgibt und daß im Großen Rat nur selten romanisch gesprochen wird, weshalb man sich fragen kann, was da von der Eidgenossenschaft verlangt werden könne.

Wie bekannt, ist in diesem Jahre im Kanton Tessin ein Geschwür aufgebrochen, das dafür wirklich mehr als reif war. Es sind mehr als 20 Jahre verflossen, seitdem wir zum erstenmal auf die Gefahr eines italienischen sogenannten Irredentismus aufmerksam gemacht haben; immer und immer wieder haben wir unsern Warnungsruf erhoben. Aber man war weitherum eher geneigt, an eine für die Schweiz bestehende Grenzgefahr vom Norden her zu glauben und von einem Pangermanismus in der Schweiz zu faseln, als das zu sehen, was im Tessin vor aller Augen offen lag. Endlich ist das Maß voll. Der Vorwurf des Landesverrates wird zur förm-

lichen Anklage; die längst bekannten Rädelshörer sitzen in Untersuchungshaft. Fast scheint es übrigens, daß diese Wendung in einem Augenblick erfolgt ist, wo zwar die Schuld der Beteiligten aufs höchste angewachsen ist, ihr Einfluß jedoch weniger gefährlich ist als früher. Ich meine: ihr Einfluß in der Schweiz. Das Tessiner Volk und die Tessiner Presse nehmen heute zum schweizerischen Gesamt-vaterland eine um vieles klarere Stellung ein als etwa um 1920 oder vor dem großen Kriege. Der italienische Nationalgedanke hat im Königreich Blüten getrieben, die den Tessinern nicht angenehm duften; der faschistische Staat scheint keine Anziehungskraft für sie zu haben, sondern sie zum engern Anschluß an die Eidgenossenschaft zu treiben. Es ist erfreulich, wie sie in ihrer großen Mehrheit sich in der Angelegenheit der Udula verhalten. Wir denken, daß auch die vielen sehr sichtbaren und kräftigen Beweise von Entgegenkommen der deutschen Schweizer und der Eidgenossenschaft sie über unsere Stellung zu ihrem Italienertum beruhigt haben müssen. Die Zeitungen des Königreichs haben zudem so dick aufgetragen, daß sie selbst schließlich gegen diese Unwahrheiten auftreten mußten.

Berwunderlich und bedauerlich ist bei diesen Vorgängen, daß in der deutschen und französischen Presse unseres Landes immer noch und immer wieder — neben manchem trefflichen Worte — die Behauptung auftaucht, an den mißlichen Vorgängen im Tessin trügen die eingewanderten Deutschschweizer schuld. Selbst wenn nachgewiesen würde, daß da einige Male Taktfehler begangen worden sind, man muß sie ins Ungeheuerliche übertreiben, um sie als berechtigte Ursache der italienischen Umtriebe hinzustellen. Ursache der bedauerlichen Vorgänge ist eine aus nationalistisch-imperialistischer Ländergier unternommene Wühlarbeit ausländischer Expansionspolitiker (die Fremdwörter brauche ich, damit die daran gewöhnten Leute nicht im Zweifel seien über das, was gemeint ist)¹⁾. Man kann es nicht oft genug wiederholen: das Tessiner Volk beklagt sich nicht; die ausländischen Hezer sind es, die es beklagen, und

Anmerkung des Schriftleiters. „Die Gründungsepoche der Udula fällt ungefähr zusammen mit der Zeit der Tripolisexpedition, welche dem ersten Balkankriege (1912), dem zweiten (1913) und dem Weltkrieg voranging, an dem Italien nach neun Monaten teilnahm.... Indessen können wir mit aller Ruhe feststellen, daß der Udulismus eine Abzweigung dessen ist, was der Kriegsgeist war.“ Aus dem ausgezeichneten Buche von Ständerat Brenno Bertoni: „Irredentismus im Tessin? (La questione aduliana)“, übersetzt von Alice Meyer, Verlag Löpfe-Benz, Rorschach 1931. Von Brojis bösen Deutschschweizern steht darin kein Wort.

sie werden damit nicht aufhören, solange das Tessin ein Kanton Schweizerischer Eidgenossenschaft ist. Was soll man aber davon denken, wenn die Einwanderung von Schweizern anderer Kantone wie ein bedenklicher Mißstand hingestellt wird, den man sollte abstellen können? Wohlverstanden, deutsch und französisch geschriebene Zeitungen sind's, die so über das Tessin schreiben! Der Neuenburger Alfred Lombard nimmt in der Gazette de Lausanne (14. 8. 1935) die „Adula“ gegen Bundesrat Mottas Augustfeierrede in Schutz; er weiß im Tessin besser Bescheid als Herr Motta, findet das Benehmen der Adula begreiflich und hofft, daß „die Verteidiger des tessinischen Italienertums fortfahren werden zu protestieren“, denn „die Wahrheit gebietet zu sagen,“ daß die Adula „nicht übertrieben“ habe. Ein anderer Mitarbeiter derselben Gazette (1. 2. 1935) behauptet unter anderm, daß im Tessin „die reinen Tessiner selten werden,“ daß die 30,000 Reichsitaliener ein nützliches Gegengewicht gegen andere, „weniger erwünschte Einwanderer“ seien und versichert, was auch Herr Lombard tut, daß die französische Schweiz unter denselben Mißständen leide. Er klagt auch das Bundesgericht an, daß es für die Tessiner kein Verständnis zeige und auf Kosten des Italienertums entscheide — gemeint ist das Urteil über die Sprache der Ladenschilder, das dem tessinischen Gesetz die Verfassungsmäßigkeit nur teilweise zugestand.

Die „N. Z. Z.“ verlangt immer wieder von den Deutschschweizern im Tessin, sie müßten sich „assimilieren“, und wirft ihnen vor, daß sie es dabei am guten Willen fehlen ließen; sie „sollen wenigstens dafür sorgen, daß die Kinder sich vollständig assimilieren“ (4. 8. 1935). Treue gegen angestammte Art, sei's Glaube, sei's Muttersprache oder vaterländische Art, wird sonst von jeher und allenthalben gepriesen, wird den Hugenotten in Deutschland, den französischen Kanadiern, den Schweizern in Südrußland nachgerühmt und bei den Welschen in Zürich als etwas Verständliches und Ehrenhaftes anerkannt. Im Tessin ist sie tadelnswert.

Den Gipfel aber ersteigt der Zürcher Staatsrechtslehrer Giacometti, der im Septemberheft der „Neuen Schweizer Rundschau“ (besprochen N. Z. Z. 18. 10. 1935) Maßnahmen gegen die Einwanderung deutscher Schweizer in den Kanton Tessin vorschlägt. Die Bundesverfassung sei abzuändern, es solle „ein besonderes Statut für den Kanton Tessin geschaffen werden; darin wäre eine Beschränkung einzelner Freiheitsrechte in dem Sinne vorzusehen, daß die Regelung

der Niederlassung und der gewerblichen Tätigkeit von Nichttessinern im Tessin für die Zukunft dem Kanton Tessin überlassen würde.“ Also an Stelle der Rechtsgleichheit, für die mehrere Geschlechterfolgen der schweizerischen Liberalen seit der französischen Revolution als für die erste und Hauptforderung des Liberalismus gekämpft und Opfer gebracht haben, soll künftig die Rechtsungleichheit wieder eingeführt werden; es soll zwei Arten von Schweizerbürgern geben: solche, die sich in der ganzen Schweiz frei niederlassen dürfen, weil die Schweiz ihr Vaterland ist, und solche, die sich nur auf dem Boden von 21 Kantonen niederlassen und betätigen dürfen. Das alte Hauptblatt des schweizerischen Liberalismus, die „N. Z. Z.“, nennt diese Forderung zwar einen sehr weitgehenden Eingriff in das fundamentale Freiheitsrecht der Freizügigkeit, hat aber nichts daran auszusetzen, sondern bemerkt nur, daß weitere Vorschläge des Verfassers „verwirklichungsreifer“ seien als dieser. Und doch erinnert nur wenige Tage später (27. 10. 1935) dasselbe Blatt an das, was es nach der Annahme der Bundesverfassung von 1848 begeistert geschrieben habe: „Das Herz wogt höher... Die Schweizernation ist endlich zum Wort gekommen... Wohin wir nun auch ziehen in der Schweiz, wir sind zu Hause, Bürger und keine Fremdlinge mehr. Der heutige Kanonendonner hat das Wort „Kantonsfremdlinge“ hinweggeschleucht“. So schrieb man im Jahr 1848, — heute erwägt man den Gedanken, das Wort Kantonsfremdlinge wieder einzuführen.

Ich gehe zum Ausland über und beginne dabei mit dem Deutschen Reich. Hier ist seit einer Reihe von Jahren der Gedanke eines Deutschen Sprachamtes besprochen worden. Er ist schon alt, Jahrhunderte alt, hat in den auf Zusammenfassung aller deutschen Kräfte bedachten Jahren nach dem Weltkrieg an Boden gewonnen und konnte den heutigen Machthabern im Reiche, die den Anspruch erhoben, das ganze Leben der Nation zu lenken, nicht befremdlich scheinen. Wir haben wiederholt, zuletzt in der Rundschau des vorigen Jahres, einige Besorgnisse deswegen geäußert. Es sind dieselben Bedenken, die in den Reihen des (Allgemeinen) Deutschen Sprachvereins von jeher auftraten, wenn amtliche Eingriffe in die Sprachentwicklung zur Sprache kamen. Es scheint, daß diese Widerstände im (Allgemeinen) Deutschen Sprachverein nicht mehr so stark sind, während uns hier, außerhalb der Reichsgrenzen, die Sache heute noch weniger einleuchtet als früher. Die

Presse hat im letzten Frühjahr („Frankfurter Ztg.“ vom 17. 3.; „Kölnische Ztg.“ vom 15. 3.; „N. Z. Z.“ vom 29. 3.) über einen Vortrag des Germanisten Prof. Hübner berichtet, der in kräftiger und zugleich feiner Weise zusammenfaßte, was sich für und gegen ein deutsches Sprachamt sagen läßt. „Ein Reichsamt der deutschen Sprache?“ (mit Fragezeichen!) war der Titel des Vortrags, der sich nach gründlicher Erwägung von Ja und Nein doch eher dem Nein zuwandte. Hübner konnte jedoch bereits davon berichten, daß nicht ein solches Sprachamt, wohl aber ein Sprachpflegeamt ins Leben gerufen worden sei, das der Redner warm begrüßt, und das übrigens geradezu warm aufgenommen wird in der angeführten Nummer der „N. Z. Z.“. Bietet nun schon der Name Sprachpflegeamt eine Beruhigung, so macht es weiterhin einen guten Eindruck, daß dem Sprachverein dabei maßgebender Einfluß eingeräumt ist, tritt doch der ergraute Leiter der „Muttersprache“, Prof. Streicher, der unser aller Vertrauen genießt, in die Leitung des neuen Amtes ein. Auch der Aufruf, mit dem die neue Behörde vor das deutsche Volk getreten ist („Deutsche Allg. Zeitung“ vom 18. 8. 1935) verrät nichts von der Anmaßung amtlicher Sprachmeisterei. Er lautet:

„Deutsche! In diesen Monaten ist in Berlin das Deutsche Sprachpflegeamt geschaffen worden. Männer des öffentlichen Lebens, der Partei, des Schrifttums, der Wissenschaft, der Technik haben sich zusammengeschlossen, um unserer Muttersprache eine Pflegestätte zu bereiten.

Die deutsche Sprache leidet Not. In den Zeitungen, in Reden und Schriften begegnen wir immer häufiger schiefen Bildern, falschen Beugungen, unnützen Fremdwörtern. An Stelle des einfachen Berichtes, der durch eigene Kraft wirkt und dessen Durchsichtigkeit die Krönung des Goetheschen und Lessingschen Deutsch war, herrscht schwülstige Ueberladenheit. In den Satzungen unserer Verbände, in unseren staatlichen Einrichtungen schleppen sich fremdländische Wörter fort, die zum Teil längst ihren Sinn verloren haben; amtliche Neußerungen sind oft in einer Sprache abgefaßt, die für den schlichten Leser unverständlich ist; deutsche Kaufleute halten es für unfein oder minder einträglich, neuen Waren deutsche Bezeichnungen zu geben.

Gegen diese Mißstände will das Deutsche Sprachpflegeamt angehen, nicht maßlos, aber zielklar. Es will im Sinn echter Gemeinschaft die Klüftung aufheben, die zwischen dem schlicht sprechenden Volksgenossen und der buntscheckigen Fremdwörter-sprache gebildeter Schichten entstanden ist.

Dankbar erkennt das Deutsche Sprachpflegeamt dabei die Erfolge anderer, älterer Sprachbemühungen an und stützt sich auf sie. Es will nichts beseitigen, was fruchtbare Arbeit leistet. Nicht durch Verbote, nicht durch Willkür und neue Regeln, sondern durch Feststellung des Kranken und Undeutschen, durch Sauberkeit des Ausdruckes und Pflege des Wortgutes in seiner eigentlichen Bedeutung wird es wirken.

Des deutschen Mannes Rede sei frei, einfach, klar; ohne Schwulst und Hohlheit, ohne eitle Fremdwörterei. Wer sich das Recht zum Schreiben nimmt, sei sich der Aufgabe bewußt, für jeden, dessen Muttersprache deutsch ist, in Satz und Wort

verständlich zu bleiben und seine Sprache so zu gestalten, daß sie den Leser durch Schönheit und edlen Wuchs anspreche.

Die Aufgaben, die sich dem Deutschen Sprachpflegeamt schon in den ersten Monaten boten, sind vielfältig und noch kaum übersehbar. Es hat den Mundarten, den Brüdern im Auslande, es hat den Wissenschaften wie auch dem sprachlichen Brauchtum zu dienen. Ueber allem aber ragt sein nächstes und köstlichstes Ziel: die Muttersprache so hoch ins Licht zu stellen, daß sie allen Volksgenossen als heiliges Besitztum wieder sichtbar wird, und die Deutschen wieder zur Ehrfurcht vor ihrer Muttersprache zu erziehen, damit sie mit ihr leben.

Der Leiter des Deutschen Sprachpflegeamts: Dr. Rudolf Buttman; für den Beirat Dr. Hans Friedrich Blunck. Der Geschäftsführer: Theodor Hüppgens.

Beigefügt sei, daß in dem erwähnten Vortrag Hübners geltend gemacht worden ist, ein wirkliches, eigentliches Sprachamt müßte „in völliger Uebereinstimmung mit der sprachlichen Entwicklung Oesterreichs und der Schweiz kommen, da sonst die Gefahr des Zerbrechens der Einheit der deutschen Schriftsprache gegeben wäre.“

Mit gemischten Gefühlen lasen wir einen Drahtbericht der „N. Z. Z.“ (12. 4. 1935) aus Berlin über die beabsichtigte Ausrottung aller an die litauische Vergangenheit erinnernden Familien-, Orts-, Flur- und Flußnamen Ostpreußens. Ein Philologe habe den Auftrag erhalten, den litauischen Bezeichnungen durch Uebersetzung oder Anpassung einen deutschen Klang zu geben; man rechne mit einer Umtaufe von mehr als hundert Dörfern und tausend sonstigen Ueänderungen. Es geht um Namen wie Endtkuhnen, Trafehnen, Stallupönen, Pilsfallen, wohl auch Gumbinnen. Die Lage ist ungefähr die des St. Gallischen Oberlandes und des Rheintales, wo, zwischen deutschen Namen wie Werdenberg, Wartau, Rebstein, Altstätten, Rheineck, die Namen Sargans, Flums Salez, Bilters Ragaz, Baduz, Bregenz vom ehemaligen Romanentum zeugen. Sollte die Mitteilung sich nicht bestätigen, so wäre ich erleichtert. Wie finden diese Art Sprachreinigung, die zugleich Bodenreinigung sein will, bei andern Völkern — Bolzano, Fortezza, Bressanone, Sélestat, Aabenraa — so gehässig, aufreizend und zugleich kleinlich und geschichtsfeindlich, daß wir es gern unserm lieben Deutschland gönnen möchten, wenn es sagen dürfte: das tun wir nicht, das ist im Widerspruch gegen alle gute deutsche Ueberlieferung.

Das Erhebendste, woran ich heute erinnern darf, ist die Art, wie das Saargebiet den Wiederanschluß an das Mutterland gefunden hat. Die Tatsachen sind bekannt, aber hier sei doch auf die Bedeutung des Ereignisses für das Schicksal des gesamten deutschen

Sprachgebietes hingewiesen. Ueber 1000 Jahre sind es, daß das welsche westfränkische Reich dem deutschen Volk das Erbe Lothars, den Streifen von den Schelde-, Maas- und Rheinmündungen bis zum Gotthard streitig macht und „das Gallien Cäsars“ beansprucht. In der Rheinlandpolitik Poincarés haben wir selbst die letzten Versuche dieser Unternehmungen des gallischen Hahns miterlebt. Das linke Rheinufer hält das französische Nationalgefühl für eigentlich nicht richtig deutsches Land. Für Elsaß und Lothringen ist es gelungen, die Legende als Geschichte durchzusetzen; in der Pfalz dagegen und in Rheinpreußen hat die Bevölkerung mit den Separatisten blutig abgerechnet. Es blieb das kleine Saargebiet, wo die Franzosen fest damit gerechnet hatten, daß niemand gern wieder zum barbarischen Deutschen Reich zurückkehren würde, der 15 Jahre im Banne des unwiderstehlichen Lächelns der douce France gestanden hätte. Ohnehin hatte ja Clemenceau von 150,000 Saarfranzosen gesprochen, die in jener Gegend wohnen sollten, eine mehr als sonderbare Behauptung. Wenn nun bei der Abstimmung im Jänner sich bloß 60 oder 65 % der Bevölkerung für die Rückkehr ins Reich ausgesprochen hätten, so hätte die alte Rheinpolitik Frankreichs neue Hoffnungen geschöpft und der Traum von einer französisch gesinnten Bevölkerung der deutschen Rheinlande wäre aufs neue belebt worden. Damit ist es jetzt vorbei. Das Deutschtum und die Deutschheit der Rheinlande sind vor aller Welt als nicht mehr anzuzweifelnde Tatsache kundgeworden; für sie ist die Saarabstimmung ein Sieg, wichtiger als Waterloo.

Was Elsaß und Lothringen betrifft, so kennen wir die französische Zähigkeit zu gut, um von einem Jahr zum andern eine Aenderung zu erwarten. Dagegen ist es erfreulich zu sehen, wie die Elsässer selbst, d. h. der heimattreue Volksteil, in seiner Stellung an Klarheit gewinnt. Namentlich lassen sie sich nicht mehr darauf ein, daß man ihre Mundart als nicht deutsch gegen die Schriftsprache ausspiele. In der Kammer ist („Der Morgen“, 5. 12. 1934) die Gleichberechtigung des Deutschen in der Schule unumwunden gefordert worden. Die Zeitungen „Der Elsässer“ (28. 3. 1935) und „Neue Zukunft“ (30. 3. 1935) erklären schlicht und bündig: „Unsere Volkssprache ist die deutsche, dieselbe, in der unsere Väter vor Jahrhunderten schon gelesen und geschrieben, gebetet und gesungen haben“, und fassen zusammen:

1. Seit 11 Jahrhunderten spricht man im Elsaß deutsch.
2. Deutsche Schriftsprache und elsässische Mundart sind eins und dasselbe.
3. Die deutsche Sprache läßt sich bei uns nicht ausrotten.
4. Die Assimilationsmethoden haben kläglich Fiasko erlitten: unsere schulentlassenen Jungen können weder deutsch noch französisch.
5. Der Schulunterricht muß deshalb auf der deutschen Sprache aufgebaut werden.
6. Diese Lösung ist uns Frankreich schuldig, weil es uns die Respektierung unserer Sprache und unserer Sitten versprach.

An dieser mutigen Klarheit hat es im Elsaß lange Zeit gefehlt. Sie ist mehr wert für die Zukunft des Volkstums als einige weitere Deutschstunden, die von der Regierung für die Volksschule etwa zugesagt werden könnten.

Rings um die Ostsee, in Lettland, Estland, Litauen und ein bißchen sogar in dem seit dem Weltkrieg so überaus deutschfreundlichen Finnland, sehen wir den Kampf von Behörden gegen unsere Muttersprache; er dreht sich um Fremdsprachunterricht, um Orts- und Personennamen. Wir haben voriges Jahr darüber berichtet und auch über gewisse politische Beweggründe, die noch heute wirksam sind und nicht jedesmal neu besprochen zu werden brauchen.

Das Memelland verdient hier besondere Beachtung, weil hier in der Form von Landtagswahlen eine Art Volksabstimmung stattgefunden hat, die ebenso bemerkenswert ist wie die im Saargebiet. Obgleich beinahe die Hälfte der Einwohner der Sprache nach Litauer sind, und obgleich die gewalttätige litauische Regierung — die sich sogar von den dazu berechtigten Völkerbundsmächten mußte ein Einschreiten gefallen lassen, so bunt hat sie es getrieben — die Wahl ganz gewiß nicht zugunsten der Deutschen Parteien beeinflußt hat, wählte das Memelvolk wieder 24 deutsche und nur 5 litauische Abgeordnete in seinen kleinen Landtag. Mit andern Worten: Memel hat sich gegen Litauen, hat sich als deutsches Land erklärt. Wir haben hier einen der nicht sehr zahlreichen Fälle, wo die geschichtliche Bindung und die kirchliche Zugehörigkeit (die Memelländer sind Lutheraner, die Großlitauer Katholiken) stärker wirken als das durch die Muttersprache bestimmte Volkstum. Auch die nicht deutschfreundlichen Zeitungen unseres Landes geben zu, daß das Memelland nicht litauisch gesinnt sei.

Die Nachrichten aus Südtirol sind, wie immer, widerspruchsvoll. Deutsche Familiennamen durch Zwang verwelscht — die Zwangsverwelschung der Familiennamen eingestellt, — Verfolgung

wegen deutschen Hausunterrichtes — der deutsche Unterricht in Südtirol gestattet — so berichten die Zeitungen im Zickzack, und wer kann, was daran richtig und unrichtig ist, scheiden? Walters von der Vogelweide Denkmal beseitigt — Walter von der Vogelweide bekommt einen für ihn passenderen Platz. Wie steht's nun damit? Die deutschen katholischen Gesellenvereine aufgelöst, weil sie „keine Gewähr bieten, daß die in Italien festgelegten politischen Richtlinien eingehalten werden“, — ja, wo werden denn keine derartigen katholischen Vereine aufgelöst? Aber mit der Einführung deutschen Unterrichts scheint es doch seine Richtigkeit zu haben. „Neues Wiener Journal“ (18. 5. 1935), „Frankfurter Ztg.“ (20. 5. 1935) und andere berichten davon, daß „in allen Gemeinden der Provinz Bozen für die schulpflichtige Jugend Privatunterricht in der deutschen Sprache jetzt, vom Herbst an, eingeführt werden soll und zwar auf Kosten des Staates“. Beauftragt mit diesem Unterricht sei die „faschistische Kulturanstalt in Bozen“, — hoffentlich verdient die Vertrauen. Und nun wissen der „Bund“ (3. 10. 1935) und die „Ostschweiz“ (4. 10. 1935) zu berichten, daß sich bis zum Ablauf der Anmeldefrist (30. Herbstmonat) über 25,000 Kinder für die Beteiligung hätten einschreiben lassen. Mag nun werden, was will: die Italiener sehen jedenfalls hieraus, was die eroberte Bevölkerung für sprachliche Wünsche hegt. Das hier zutage tretende Entgegenkommen sieht aus wie ein Zugeständnis an Oesterreich; wenn es das ist, dann ist es gut bezahlt . . . , in politischer Währung. Aber die Politik gehört nicht hierher.

Streifen müssen wir sie ja zuweilen, diese leidige, alles durchdringende Politik. Aber es bleibt dabei: was wir pflegen und verteidigen, das ist ein uns von Gott geschenktes und zugleich aufgelegtes Gut: die Muttersprache, unsere Muttersprache.
